

Ganzjährig . . .	8 fl. 40 kr.
Halbjährig . . .	4 „ 20 „
Vierteljährig . . .	2 „ 10 „
Monatlich . . .	— „ 70 „

Ganzjährig . . .	12 fl.
Halbjährig . . .	6 „
Vierteljährig . . .	3 „

Für Zustellung ins Haus
tertejl. 25 kr., monatl. 9 kr.

Singele Nummern 6 kr.

Tagblatt.

Für die einspaltige Petit-
4 4 kr., bei wiederholter
Schaltung 3 kr.
Anzeigen bis 5 Zeilen 20 kr.

Bei größeren Inseraten und
öfterer Einschaltung entspre-
chender Rabatt.
Für complicirten Satz beson-
dere Vergütung.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 251.

Donnerstag, 2. November 1876. — Morgen: Hubert.

9. Jahrgang.

Zum Eisenbahnprogramme.

Bevor Herr v. Chlumetz das Programm seiner Eisenbahnpolitik dem Abgeordnetenhaus vorlegt, will er der Zustimmung der hervorragendsten Mitglieder des genannten Hauses sicher sein. Seit der Zeit, als das österreichische Parlament seine Sitzungen wieder aufgenommen, ist auch die Besprechung der vielen schwebenden und dringenden Eisenbahnprojekte eine lebhaftere geworden.

Nach Ansicht einer in Schönberger's „Handels- und Börsebericht“ auftretenden Fachstimme wird die Action der Regierung nach zwei Richtungen hin das Votum des Parlamentes hervorrufen, in erster Reihe in Bezug auf die Sanierungsmaßregeln, die wieder in einer neuen Gestalt erscheinen werden, und in zweiter Linie bezüglich der Reform des Tarifwesens.

Die Action der Regierung bezüglich der ersten Frage dürfte heute bereits klar vorliegen, die Regierung beabsichtigt die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens, sie will sich mit einigen Bahnen in Contact setzen, welche derzeit übermäßige Subventionen aus dem Reichsäckel beanspruchen. Bis heute fanden zwischen Handelsministerium und Bahngesellschaften Verhandlungen in dieser Angelegenheit noch nicht statt. Herr v. Chlumetz wird im Verlaufe der Session sein neuestes Sanierungsproject entwickeln und vom Abgeordnetenhaus Ermächtigung einholen, einige Bahnliesen auf Rechnung der Staatsverwaltung zu erwerben; in erster Reihe wird die Kronprinz Rudolfsbahn genannt.

Unter einem beabsichtigt Herr v. Chlumetz die Ordnung einiger Garantieverhältnisse anzustre-

ben, welchem Geschäfte Schwierigkeiten nicht im Wege stehen dürften.

Die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens wird voraussichtlich in großer Ausdehnung nicht platzgreifen, denn das Project der Umgestaltung ruht nicht auf eisenbahnpolitischen, sondern auf finanzieller Basis. In Oesterreich wurden einzelne Eisenbahnbauten in Staatsregie ausgeführt, um den Nothstand zu beseitigen; es wurden Eisenbahnmaßregeln ergriffen, um der Erschütterung unseres Eisenbahncredits entgegenzutreten. Ein „zu viel“ haben wir nicht zu beklagen!

Die Regelung der Garantieverhältnisse dürfte immerhin Nutzen und Vortheil im Gefolge haben, aber können wir in dieser Beziehung auf eine umfassende Action des Handelsministers hoffen? Mit einigen wenigen Vorlagen wäre eben nicht viel gebient.

Die Erwerbung in ungünstiger Lage befindlicher Eisenbahnen dürfte mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, sie müßte auf einer legalen Auseinandersetzung mit den betreffenden Actionären faßen; letztere jedoch schulden dem Staatsfiskus immense Summen unter dem Titel „Garantieverschüsse“, daß deren Bezahlung nahezu den ganzen Rauffüllling verschlingen würde.

Nach Beseitigung der erwähnten Schwierigkeiten wird die hochwichtige Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden: was der Staat, nachdem er diese zweifelhaften Existenzen, welche den österreichischen Eisenbahncredit so empfindlich schädigten, erworben hat, mit diesen Complexen beginnen wird?

Drei Wege gäbe es, die nach Rom führen: Eisenbahnbetrieb in Staatsregie, Betrieb durch eine

angrenzende Bahngesellschaft, Betrieb durch eine besondere Gesellschaft. Nach gemachten Erfahrungen hat sich der Betrieb in früherer Zeit nicht bewährt; vielleicht würde heute ein ersprißlicheres Resultat erzielt werden können, als zu jener Zeit, als der Betrieb aller in Staatsregie gebauten Bahnen an Nachbargesellschaften übertragen wurde. Der Betrieb durch eine angrenzende Bahngesellschaft scheint in Regierungs- und Abgeordnetenkreisen beliebt werden zu sollen; bei der Wahl dieses Weges müßte sich die Regierung die entscheidende Einflußnahme in allen Tariffragen vorbehalten. Diese Zingerenz müßte auch bei Ueberlassung des Betriebes durch eine besondere Gesellschaft vorbehalten werden.

In Bezug auf das Tarifwesen möge das Abgeordnetenhaus die Initiative zu Reformen ergreifen und auch auf diesem Gebiete gegenüber der einseitig in Action getretenen Regierung seinen Standpunkt einnehmen. Die Sünden der Vorjahre sind wieder gut zu machen; die Erfahrung lehrt, daß höhere Tarife nicht immer höhern Reinertrag erzeugten.

Die von der Ministerbank aus versprochenen Sanierungsmaßnahmen mögen sich endlich in geordneter Form kundgeben, die österreichische Eisenbahnpolitik sich zu einer gesunden, systematischen gestalten. Nur keine unfruchtbaren Versuche, resultatlosen Halbheiten und hochgradige Engherzigkeit!

Reichsrath.

(200. Sitzung des Abgeordnetenhauses.)

Der Justizminister legt einem Gesetzentwurf vor, betreffend die Bestrafung der Nichtbefolgung eines Einberufungsbefehles.

Feuilleton.

Verschiedene Wege.

Novelle von Rudolf Mildenberger.

(Fortsetzung.)

Mehrere Tage lang durchwanderten die beiden Freunde die Straßen der Stadt, um die Sehenswürdigkeiten derselben zu besichtigen. Dann sahen sie sich mit einemmale seltener. Der Assessor war zu viel um seine Braut beschäftigt, als daß er über Pauline seinen Freund nicht hätte ein wenig vernachlässigen sollen, ohne daß Fernau es wagte, ihn darum zu tadeln. Und auch wir wagen es nicht, strenger als Fernau zu sein.

Fernau, der, wie wir wissen, dem Assessor versprochen hatte, dessen zukünftiger Schwiegermutter einmal seine Aufmerksamkeit zu machen, zögerte nicht, sein Versprechen zu erfüllen. Eines Morgens fuhr er in Begleitung seines Freundes nach dem Neumarkt, wo die verwitwete Geheimrätin Ramberg ein geräumiges und comfortables Logis bewohnte,

welches eine angenehme Aussicht auf die alterthümliche Apostelkirche und den schönen mit Bäumen bepflanzten Platz zu ihren Füßen gestattete.

Die Geheimrätin war, trotz ihrer fünfzig Jahre, eine Frau, die immer noch auf Schönheit Anspruch machen konnte. Ihre Gesichtszüge waren heiter und wohlwollend, und ihre ganze Erscheinung trug das Gepräge einer aufrichtigen und gewinnenden Herzlichkeit, so daß Fernau in ihr schnell jene Frau wieder fand, die einst die innige Freundin seiner Mutter wie die liebevolle Beschützerin seiner eigenen Kindheit gewesen war.

Pauline, ihre Tochter, war eine kleine und graciöse Gestalt, die einem Phidias vielleicht nicht übel zum Modell einer Hebe gedient haben würde. Lebhaft im Gespräch, voll immer heiterer Laune, nicht selten voll sprudelnden Witzes, umspielte fast immer ein schalkhaftes Lächeln ihren reizenden Mund, während auf ihrer lieblichen Stirn ein Frohsinn thronte, den bis dahin noch kein tiefer, gewaltiger Schmerz anzutasten gewagt.

Für Pauline war Fernau kein Fremder; er war ihr Cousin Julius, den sie mit all' der lebens-

würdigen Vertraulichkeit ihrer Kinderjahre begrüßte, die, vereint mit der gewinnenden Offenheit ihrer Mutter, selbst Fernau's Kälte und Zurückhaltung besiegte.

Die Unterhaltung war lebhaft, selbst traulich, man sprach von der Vergangenheit, ohne indessen Fernau's Flucht — denn entschieden war es eine solche — aus dem Vaterlande zu berühren, von der Gegenwart, ohne sich eine Frage über seine Lebensverhältnisse zu erlauben.

Die Geheimrätin Ramberg, eine in den feinsten Zirkeln gebildete Frau, besaß zu viel Tact, um sich eine Frage, ja nur eine Anspielung über Dinge zu gestatten, die Fernau mit dem Schleier des Geheimnisses zu bedecken für gut fand. Unter diesen Umständen fühlte sich letzterer durch die Unterhaltung auch sehr wohlthuend erregt, manche halbvergangene Jugenderinnerungen tauchten im Laufe des Gespräches in ihm auf, denen er sich mit Freude, ja mit einer gewissen Wollust hingab.

Von Paulines Bitten bestürzt, fing er zuletzt an, wozu selbst der Assessor ihn nie vermocht hatte, von seinen Reisen und von seinem Aufen-

Der Antrag des Abg. Dr. Herbst, daß über die Beantwortung beider Interpellationen, und zwar in der nächsten Sitzung des hohen Hauses, eine Debatte eingelegt werde, wird angenommen.

Der Ministerpräsident ergreift vor dieser Beschlusfassung das Wort: „Die k. k. Regierung hat wahrgenommen, daß die der Beantwortung der Interpellation der Herren Baron Eichhoff, Dr. Herbst, Dr. Hoffer und Genossen beigefügte Erklärung, worin von Manifestationen kriegerischer Natur und von Kundgebungen, welche möglicherweise die Kraft und das Ansehen der Monarchie schädigen könnten, die Rede ist, in den Kreisen des hohen Hauses eine Deutung erfahren hat, welche den Intentionen der k. k. Regierung vollständig ferne lag und umsoweniger beabsichtigt sein konnte, als die Regierung durch die eingehende Beantwortung beider Interpellationen wol hinlänglich bewiesen hat, welches Gewicht sie auf die Kundgebungen der Reichsvertretung legt.

Die k. k. Regierung vermag diese Deutung nur einem Mißverständnisse zuzuschreiben und hält es angesichts des Ernstes der Lage und im allgemeinen für eine politische Pflicht, so viel an ihr liegt, dieses Mißverständnis durch die Erklärung zu beseitigen, daß unter den in jenem Passus der Interpellations-Beantwortung erwähnten Manifestationen und Kundgebungen nicht jene der legalen Vertretungskörper gemeint waren, noch nach Auffassung der Regierung gemeint sein konnten. (Bereinzelt Bravo und Rufen.)

Eine Serie von Petitionen wird der Regierung zur Erwägung und Erledigung abgetreten und nachstehende Resolution angenommen: „Die Regierung wird neuerlich und dringend aufgefordert, noch in dieser Session ein die Last der Militär-Bequartierung gleichmäßig und gerecht vertheilendes Gesetz zur verfassungsmäßigen Behandlung einzubringen.“

Das Ansuchen der k. k. Staatsanwaltschaft in Wien um Gestattung der gerichtlichen Verfolgung des Reichsraths-Abgeordneten Dr. Johann Ferdinand Schrank wegen Uebertretung des § 33 des Vereinsgesetzes wird abgelehnt.

Nächste Sitzung Samstag den 4. November.

Parlamentarisches.

Der Kaiser soll sich, wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, gegenüber dem Ministerpräsidenten Fürsten Auerberg darüber sehr ungehalten gezeigt haben, daß durch die ungeschickte Interpellations-Beantwortung eine Aufregung in die Reihen der Abgeordneten getragen wurde. Der Kaiser soll gesagt haben, daß das Ministerium bei Anwendung größerer Vorsicht sich diesen Verdruss hätte ersparen können.

halte in Amerika zu erzählen, ohne indessen seiner persönlichen Verhältnisse nur mit einer Silbe zu gedenken.

Fernau, für gewöhnlich so verschlossen und so schweigsam, besaß, wenn er einmal sprach, was freilich selten genug geschah, eine fast wunderbare Beredsamkeit. Er hatte viel und mit Nutzen gesehen, was den Kreis seiner Ideen erweitert und bereichert hatte; zudem besaß er neben großer Wortfülle eine bewunderungswürdige Darstellungsgabe. Unwillkürlich fühlte man sich hingezogen durch die Fülle seiner Gedanken, die Kraft seiner Sprache und den Zauber seiner Stimme. In flüchtig, aber mit aller Schärfe eines geistreichen Beobachters skizzierten Bildern schilderte er das bunte, bewegte Leben amerikanischer Großstädte, und seine Schilderungen des eigenthümlichen Natur- und Menschenlebens in Amerika's Urwäldern und Prairien athmeten neben frappanter Naturwahrheit zugleich eine wirklich erhabene Poesie.

Fernau, der eine zu hohe Idee vom Weibe im allgemeinen besaß, um die Politik aus dem Kreise der weiblichen Bildung auszuschließen oder den Frauen einen tieferen Einblick in die Ideen und

Im Fortschrittsclub wurde die vom Ministerpräsidenten in der 200. Abgeordnetenhaus-Sitzung, angeblich zur Satisfaction des Hauses, abgegebene Erklärung nur durch den Abgeordneten Dr. Magg und in der Fraction der Linken seitens der Abgeordneten Skene und Professor Eduard Sueß entschieden bekämpft; der Vertreter der gräzer Handelskammer beantragte, die Erklärung des Ministeriums als nicht befriedigend zu bezeichnen. Der Abgeordnete Sueß motivierte seine ablehnende Haltung damit, daß er der jetzigen Regierung die Freundschaft vollständig kündigte und darauf hinwies, daß es endlich an der Zeit sei, mit diesem Ministerium strenge Abrechnung zu halten. Professor Sueß kam im Verlaufe seiner Rede nochmals auf die Interpellations-Beantwortung zurück und erblickte in derselben eine vollständige „Mißachtung“ des Parlaments. Des ferneren unterzog er die Haltung des diesseitigen Cabinets einer strengen Kritik und schloß seine Erörterungen, wie uns berichtet wird, in folgender Weise: „Ich habe nicht länger Lust, einen Minister des Innern zu unterstützen, welcher selbst zugestehet, daß ihm die Statthalter dreier Provinzen nicht „botmäßig“ sind; ich will nicht länger einen Finanzminister unterstützen, welcher vor kurzem noch die wirtschaftliche Krise leugnete, heute noch deren Konsequenzen nicht erkennt und nicht imstande ist, dieselben auch nur um ein Atom zu mildern; ich habe keine Sympathien für Herrn Chlumetz, der sich rühmen darf, in Eisenbahnfragen ein Chaos geschaffen zu haben, und was den Unterrichtsminister betrifft, so hat derselbe allerdings einmal, gelegentlich der Berathung des Wildbaur'schen Gesetzentwurfes, mit der Verfassungspartei einen Contact anzubahnen versucht, allein ausschließlich in der Absicht, den erwähnten Gesetzentwurf zu Falle zu bringen.“

Das Herrenhaus hält am Freitag den 3. d. M. eine Sitzung ab.

Der Steuerreform-Ausschuß beschäftigt sich mit dem Personaleinkommensteuer-Gesetzentwurf.

Politische Rundschau.

Laibach, 2. November.

Inland. Der Minister des Aeußern hat, wie die „Montags-Revue“ erfährt, im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister im Hinblick auf den herannahenden Winter und den sich dadurch steigenden Bedarf für die Flüchtlinge aus Bosnien und der Herzegowina in den Hof- und Ministerialrath Baron Kr aus nach Dalmatien, der Militärgrenze und Kroatien entsendet, damit derselbe mit Unterstützung der betreffenden Landesbehörden die Lage persönlich in Augenschein nehme und der gemeinfamen Regierung über die unumgänglich erforderlichen Hilfsmaßnahmen Bericht erstatte.

Interessen, die die Welt im großen und ganzen bewegen, vorzuenthalten, ermangelte nicht, den beiden Damen zugleich ein Resumé von amerikanischen Staatsbeeinträchtigungen zu geben. Mit prägnanter Schärfe zeichnete er den Unterschied zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Staatsleben, indem er zugleich nachwies, wie dasselbe sich aus den Sitten und der Geschichte der Bevölkerung mit innerster Naturnothwendigkeit nur so und nicht anders entwickeln konnte.

Umgekehrt zeigte er dann den Einfluß der Staatsinstitutionen auf die Entwicklung der Sitten und des Charakters des modernen Amerikaners, und so gelang es ihm, die Aufmerksamkeit der beiden Frauen ebenso wie das Interesse seines in politischen Dingen ziemlich indolenten Freundes für einen Gegenstand zu gewinnen, der in jener Periode, in der Deutschland eines regen politischen Lebens so gänzlich ermangelte, nicht bloß Frauen, sondern auch vielen, zum Theil selbst tüchtig gebildeten Männern höchst unerquicklich erscheinen mochte.

„Und sollten dir,“ fragte der Assessor, als er, Arm in Arm mit Fernau sein Hotel wieder auf-

Am 29. v. M. fand in Budapest ein Ministerrath statt. Derselbe beschäftigte sich mit Angelegenheiten des Reichstages und den demselben vorzulegenden Gesetzentwürfen.

Der Finanzausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses erledigte das Budget des Ministeriums des Innern und begann die Berathung des Budgets des Finanzministeriums. Zur Herstellung einer directen Seeverbindung zwischen Riume und Liverpool wurden der Glynn'schen Schiffsahrts-Unternehmung in Liverpool 25,000 fl. Subvention auf ein Jahr bewilligt. — Der Reichstag wird für den 11. November einberufen.

Der „Hon.“ die Verhandlungen in betreff der Handelsverträge besprechend, äußert die Befürchtung, da Deutschland Delbrücks Lehren nicht beherzigt und dem Schutzzoll sich zuneigt, werde sich diese Strömung gegen Ungarn geltend machen. Aufgabe des Staates wäre, Handelsverträge so zu schließen, daß ohne Verringerung der Finanzöfse, ohne Repressalien wider Eisleithaniens schutzzöllnerische Neigungen für Ungarn Günstiges von England, Deutschland, Italien und Frankreich erwirkt werde.

Der kroatische Landtag hielt am 31. v. M. behufs Entgegennahme des Berichtes des Budget-Ausschusses eine Sitzung ab. Die Budget-Debatte beginnt Freitags. Wie verlautet, soll der Landtag am 12. November geschlossen werden.

Ausland. Der petersburger „Regierungs-Anzeiger“ meldet: „General Ignatieff wurde angewiesen, von der Pforte binnen 48 Stunden die Annahme des sechsmonatlichen Waffenstillstandes und die Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen, widrigenfalls er die diplomatischen Beziehungen abzubrechen und Konstantinopel mit dem Volschafts-personale zu verlassen hat.“

Der „Ag. Havas“ wird berichtet, daß die Pforte den proponierten zweimonatlichen Waffenstillstand mit zwei Verlängerungsfristen von je sechs Wochen für den Fall, als die Friedensunterhandlungen dies nothwendig machen sollten, angenommen hat. Die Feindseligkeiten werden allerorten in Serbien, Montenegro, Bosnien und der Herzegowina eingestellt werden. Die Militär-Attachés der fremden Mächte werden die Demarcationslinie feststellen.

Der „Nord“ schreibt: „Die deutsche Thronrede ist eine feierliche Bestätigung des Drei-Kaiser-Bündnisses, welchem Europa den Frieden verdankt. Die Bestrebungen behufs Auflösung dieses Bündnisses sind fruchtlos geblieben. Die Vermittlerrolle zwischen Oesterreich und Rußland, welcher sich der deutsche Kaiser auch ferner unterziehen will, sei ein Pfand für die Beilegung der Schwierigkeiten, welche entstehen könnten.“ Besonderes Gewicht wird auf folgendem Passus gelegt: „Die

suchte, „die freien Formen des amerikanischen Staatslebens, welche dem Talente doch größere Chancen darbieten, als unsere seit Jahrhunderten bestimmten und geordneten Verhältnisse, nicht Veranlassung gegeben haben, dir einen politischen Wirkungskreis zu schaffen?“

„Ich habe nie daran gedacht.“
„Gleichwol bejahest du Ehrgeiz.“

„Im Gegentheil! Ich habe mein ganzes Leben lang nach Unabhängigkeit gestrebt, und nachdem ich dieselbe endlich errungen, trage ich gewiß kein Verlangen, mein eigenes Werk zu zerstören, indem ich mich freiwillig mit der drückenden Last von Amt und Würde belade.“

„Und rechnest du den Einfluß, den ein öffentliches Amt dir gewährt, den Nutzen, den du in demselben stiften kannst, für nichts?“

„Oah!“ antwortete Fernau achselzuckend, „lerne die Menschen kennen, wie ich sie kenne, und du wirst dann vielleicht begreifen, daß von allen undankbaren Dingen das Streben, anderen zu nützen, entschieden das Undankbarste ist.“ (Fortf. folgt.)

auswärtigen Beziehungen Deutschlands entsprechen ungeachtet der augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage dem friedfertigen Charakter der Politik Sr. Majestät des Kaisers. Das angelegentlichste Bestreben Sr. Majestät ist unabänderlich darauf gerichtet, gute Beziehungen mit allen Mächten und insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näher stehenden zu pflegen, und auch unter ihnen den Frieden, sofern er bedroht werden sollte, durch freundschaftliche Vermittelung zu erhalten. Was aber die Zukunft auch bringen möge, Deutschland darf sicher sein, daß das Blut seiner Söhne nur zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werden wird."

Vom Kriegeschauplatz.

Aus Deligrad wird gemeldet, daß am 29. v. M. eine große Schlacht bei Djuniß stattfand, die vom frühen Morgen bis Abends währte. Die Türken griffen mit ihrer ganzen Kraft Djuniß an. Die Serben sollen diese Position geräumt und sich nach Gaglovo und Jöbick zurückgezogen haben. Die Türken zogen am 30. v. M. gegen die serbischen Positionen bei Ervice, Sušice und Pozlata am linken Ufer des Djuniß-Baches und am Abhange des Jastrebac. Mit Ausnahme der Djuniß-Linie sind alle übrigen Positionen noch in serbischen Händen. Am 30. v. M. wurde Alexinac sehr heftig bombardiert; doch hielten sich die Serben in der Stadt und in den Schanzen am Jelenac. Auch die Verbindung zwischen Alexinac und Deligrad ist noch aufrecht erhalten. Die Türken haben dort nur am linken Morava-Ufer Erfolge errungen. Einem der türkischen Regierung zugekommenen Telegramme aus Rußisch vom 31. Oktober zufolge haben die Türken Alexinac mit Sturm genommen. Man erwartet in Belgrad eine Polizeiverordnung, daß sich alle waffenfähigen Leute in die belgrader Brigade einreihen lassen mögen.

Zur Tagesgeschichte.

Von der grazer Universität. Zur Ablegung der rechtshistorischen Staatsprüfung haben sich im Studienjahre 1875/76 94 Candidaten gemeldet; hiervon wurden approbiert 84, reprobiert 10.

Biertrawall in Aussicht. Den Berechnern des edlen Gerstensaftes in Prag steht eine Vertheuerung des Bieres um 1 bis 2 Kreuzer per Liter bevor, da mehrere dortige Brauer beschloffen haben, insofern der höheren Hopfenpreise den Hektoliter Bier um 2 fl. 50 kr. theurer zu verkaufen. In der Erwägung, als die Prager im Punkte der Bierpreise ebenso kritisch sind als die Münchener, so dürfte dieses Vorhaben der Brauer schon darum nicht in obiger Ausdehnung ausgeführt werden, weil in Böhmen niemand glaubt, daß der Werth des zu einem Hektoliter verwendeten Hopfens auch nur annähernd im Verhältnisse zu der geplanten Vertheuerung stehe.

Urtheile eines katholischen Priesters. Domherr Dr. Künzler in Breslau, der für die Grafschaft Glatz in erster Reihe als Candidat für das Haus der Abgeordneten aufgestellt ist, hielt im Saale des „blauen Hirsches“ in Breslau eine Ansprache an die Wähler. Er beleuchtete zuvörderst die Maigesetze, wies ihre Entstehung und Wirkung nach, betonte aufs schärfste, daß diese Gesetze lediglich zum Schutze des Staates und seiner Rechte einer leidenschaftlichen Partei gegenüber, niemals und in keiner Weise aber zum Schaden und Nachtheile der katholischen Kirche oder wol gar des katholischen Glaubens aufgestellt worden, und daß sie nach den vorangegangenen Agitationen nothwendig geworden; daß dieselben in vielen katholischen Staaten längst vorhanden gewesen und daß sie unser Landrecht schon in weit schärferer Form enthielt, daß sich aber die katholische Kirche trotz derselben im preussischen Staate früher sehr wohl befunden habe. Er ermahnte zur Besonnenheit, Ruhe und zur christlichen Liebe, sowie zur Hingebung und Treue für König und Vaterland, und schloß mit der Versicherung, daß der katholischen Religion in unserem Staate keinerlei, auch nicht die entfernteste Gefahr drohe, wie dies von einer gewissen Seite her, der Wahrheit entgegen, unverständigen Leuten jetzt so häufig vorgehabt werde.

Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

(Personalnachrichten.) Landespräsident Herr B. Ritter v. Widmann ist von Wien nach Laibach zurückgekehrt. — Der Industrielle Herr Albert Samassa wurde vom Kaiser in Privataudienz empfangen und drückte für die gnädigste kaiserliche Auszeichnung seinen Dank aus. — Auch der neuernannte Brigadier Herr Oberst v. Schauer wurde in kaiserlicher Privataudienz empfangen. — Der bei der hiesigen Landesregierung fungierende Polizei-Obercommissär Herr Franz Knauß wurde zum Rathe bei der kaiserlichen Polizeidirection ernannt. — Der Finanzprocurator-Secretär Herr Dr. Guido Visconti in Klagenfurt, vormals in Laibach stationiert, erhielt den Titel eines Finanzrathes.

(Fleischtarif für den Monat November.) Das Kilogramm bester Qualität von Mastochsen kostet 48 kr., mittlerer Qualität 40 kr., geringster Qualität 32 kr.; von Rindern und Zugochsen kosten die drei Sorten Fleisch 42, 34 und 26 kr.

(Allerseele.) Der 1. und 2. November wird auch in unserer Stadt von allen Bevölkerungs- und Gesellschaftskreisen mit gewohnter Pietät den Verstorbenen gewidmet. Tausende und Tausende von Menschen wanderten gestern und heute nach St. Christoph, um die Ruhestätte ihrer theueren Angehörigen mit tausenden und tausenden von Kranzen zu schmücken. Heitere Witterung begünstigte den Cultus der Todten. Aus der Brust von Tausenden erhob sich der Ruf: „Ruhe in Frieden!“

(Erceß.) In der Nacht von gestern auf heute fand nächst dem hiesigen Theatergebäude zwischen mehreren Militäristen ein Mauseceß statt, bei welchem der einschreitende Sicherheitswachmann mißhandelt und verwundet wurde. Ein Offizier der Jägertruppe veranlaßte die Arrestierung des Hauptexcedenten.

(Diurnisten-Petition.) Eine ansehnliche Zahl von Petitionen der Diurnisten verschiedener Aemter in fast allen Kronländern, auch bei jenen in Krain, dann des Vereines zur gegenseitigen Hilfe der Tagelöhner für Galizien und das Großherzogthum Krakau, des steiermärkischen Privatbeamten-Unterstützungsvereines in Graz um Verbesserung ihrer materiellen Lage, namentlich Erhöhung der Diurnen, Abschaffung der Benennung „Diurnist“, Aufnahme auf längere Zeitdauer, Bählung der Gesamtdienstzeit behufs Inanspruchnahme einer Pension oder Provision, Berücksichtigung bei Beförderung der Beamtenstellen im Manipulationsdienste, wurde der Regierung zur Erwägung abgetreten.

(Für Landwirthe und Viehhändler.) Nachdem die Maul- und Klauenseuche in den Gemeinden Hüttenberg, St. Johann am Prassen und Guttaring erloschen ist, wurde der Gemeinde Hüttenberg in Kärnten unter Beobachtung der nöthigen Vorsichtsmaßregeln die Abhaltung eines Viehmarktes am 6. November d. J. gestattet.

(Concert in Aussicht.) Wir lenken neuerdings die Aufmerksamkeit des musikliebenden Publicums unserer Stadt und deren Umgebung auf das Freitag den 24. November l. J. im hiesigen Redoutensale stattfindende Concert der drei jugendlichen Künstlerinnen, u. z.: der rühmlichst bekannten Sängerin Fräulein Aglaja Drageni, der ausgezeichneten Pianistin Fräulein Vera Timanoff, und der jugendlichen Violin-Virtuosin Fräulein Bertha Gast, umso mehr, als dasselbe thatsächlich einen ungewöhnlichen Kunstgenuss zu bieten verspricht. Ueber die künstlerische Bedeutung dieses Trisolums liegen uns zahlreiche Urtheile der hervorragenden und geachteten Journale des In- und Auslandes vor, welche ein rückhaltloses Lob über die Leistungen jedes einzelnen Mitgliedes desselben aussprechen. So ersehen wir aus diesen Journalen, daß Fräulein Drageni, als vollendete Sängerin, in Deutschland wahre Triumphe gefeiert, während die Pianistin Timanoff — eine der genialsten Schülerinnen des großen Meisters Wagner — trotz ihrer Jugend, sich bereits eines europäischen Ruf erworben hat, so daß die gewiß sehr rigoroßen Philharmoniker in Wien sich bewogen fanden, die junge Künstlerin zur Mitwirkung in den philharmonischen Concerten einzuladen; ein Umstand, der mehr als alles andere für die hohe künstlerische Bedeutung dieser jungen Dame spricht. Was endlich die jugendliche Violin-Virtuosin Fräulein Gast, eine Schülerin des tüchtigen Professors am wiener Musik-Conservatorium Herrn Reißler, betrifft, so

find die competentesten Musik-Kritiker der Residenz darin einig, daß diese junge Künstlerin einer großen Zukunft entgegengehe und schon heute unter den weiblichen Künstlerinnen ihres Instrumentes den ersten Rang einnehme. Wir sind demnach überzeugt, daß das genannte Trisolum auch bei uns die verdiente Anerkennung finden und dessen Concert eines recht zahlreichen Besuches sich zu erfreuen haben wird.

(Landesstädtisches Theater.) Im Verlaufe der zweiten Hälfte des Monats Oktober standen Lustspiel, Schauspiel, Sensations- und Volksstück, Poffen, Operetten u. a. auf der Tagesordnung. Vorgestern brachte uns die thätige Direction die beliebte Weber'sche Oper „Der Freischütz“ als außerordentlichen zweiten Versuch in recht annehmbarer Form. Die Theaterunternehmung setzte alle Hebel in Bewegung, um den Theaterbesuch frequenter zu machen, leider erwiesen sich alle Anstrengungen der Bühnensleitung und Gesellschaft als fruchtlos, die Theaterkasse erlitt im Monat Oktober l. J. einen Verlust von mehr als 1000 fl. Die Direction rief vorgestern den schwarzen Jäger „Samuel“ zu Hilfe, leider füllten sich die Theaterräume wieder nicht, leere Sitze und leere Kasse haben sich in Permanenz erklärt. Diese ungünstigen Resultate zwingen die gewiß mit Eifer aus Tagewert geschrittene Direction Fritzschke, ein Unternehmen, welchem jede Aussicht auf Existenz und Gedeihen entzogen wird, ohne Verzug aufzugeben und an anderer freundlicherer Stätte ihr Zelte aufzuschlagen. Herr Director Fritzschke wird nemlich, wie aus sicherer Quelle verlautet, beim kralnischen Landesausschusse um Lösung des Theatervertrages ansuchen, indem er sich weder berufen noch verpflichtet fühlt, der Existenz der deutschen Bühne in Laibach monatlich mehr als 1000 fl. zum Opfer zu bringen. Die Schließung der deutschen Bühne steht in nächster Zeit bevor. Laibach wird, nachdem die deutsche Bühne geschlossen, wie der Gemeinderath Bürger in einer der heutigen Sitzungen treffend bemerkte, den Charakter eines Dorfes annehmen. — Kehren wir nach dieser traurigen Allerseele-Betrachtung zur vorgesternigen Opernvorstellung zurück. Das Publicum zeigte sich zufriedengestellt; Sänger, Chor, Orchester und Scenerie leisteten ihr Möglichstes, die Volkschlichtsene wurde unter keiner früheren Bühnensleitung so effectvoll dargestellt. Die Ouverture wurde mit Applaus begrüßt. Frau Fritzschke-Wagner erschien als reizende moderne „Agathe“, sang das „Webet“ mit überwältigender Bartheit und Innigkeit und die darauf folgende Arie mit imponierendem Feuer, im Ensemble glänzte der volle Ton ihrer kräftigen Stimme; stürmischer Beifall zeichnete die meisterhafte Leistung aus. Frau Zwergen war ein recht nettes, munteres „Mennchen“, der Aufführung zum Opern-gefangen, mag letzterer auch nicht allen Regeln der Kunst entsprochen haben, ist des Lobes werth, welches dem „Mennchen“ gesendet wurde. Herr Weiß (Max) führte seinen Part, namentlich in der Arie „Durch die Wälder“, in den Terzetten und Ensembles gut durch. Herrn Mailers Wagner, den Part des „Kaspar“ zu bewältigen, kann als bescheiden bezeichnet werden; der Beifall des Hauses krönte den „verwegenen, kühnen Jäger.“ Der Jägerchor wurde sehr frisch vorgetragen. Die Stimmen der Herren Welleba (Fritz Ottolar) und Maurer (Kuno) traten klavoll hervor. Der zweite Opernabend, zählt Einzelnes auch nicht zu gelungenen Momenten, würde uns bei fortlaufender Saison noch einige weitere angenehme Opernaufführungen verbürgen.

Zur Landeskultur.

(Fortsetzung.)

Wir haben früher die Erhöhung des Wasserspiegels mit 1-10 Meter angegeben, es ist aber ersichtlich, daß diese Differenz zu hoch gegriffen ist und nur für den Fall gelten könnte, wenn der erhöhte Druck den Abfluß nicht vermehren würde, was aber unmöglich ist. Folglich muß die Steigerung weniger als 1-10 Meter betragen, und nach einer ziemlich richtigen Berechnung würde sich diese in 72 Stunden auf 0-46 belaufen. Daraus ergibt sich, daß die dadurch mehr unter Wasser gefetzte Fläche statt 100,000 bis 80,000 Quadrat Meter, daß die Wassermenge nach 72 Stunden statt 26,242,000 nur 12,182,000 Kubik Meter beträgt, und daß diese in 60 Stunden abfließen würde. Der Wasserspiegel des Sees steht also nach circa 2 1/2 Tagen wieder in seinen normalen Standpunkt zurück.

Der größere Zufluß ist also von geringer Bedeutung, und wird selbst diese verschwinden, nachdem die Verhältnisse des Sees infolge der später hier vorgeschlagenen Regulierung gebessert sein werden.

Fassen wir nun schließlich, was wir zur Verbesserung der hydraulischen Verhältnisse des kaiserlichen vorgeschlagen haben, in folgendem zusammen:

1. Bau von zwei Schächten aus den natürlichen Sauglöchern, Ausbessern eines Kanals und Regulierung des Flusses kosten 55,000 fl.
2. Durchsicht und Tunnelarbeit, die erst dann zur Ausführung gelangt, nachdem man sich überzeugt hat, daß die zwei Schächte ihrem Zwecke entsprechen. Die Kosten hierfür betragen 67,500 fl.
3. Sollten die ad 1 und 2 ausgeführten Arbeiten nicht entsprechen, so ist der Tunnel zu verlängern, was eine Auslage von 90,000 fl. verursachen würde.

Es ist überflüssig, die Mittel anzudeuten, welche die Ausführung dieser Bauten erfordern. Wenn die Besitzer

